

PROTOKOLL DES ZU WIEN AM 7. JULI 1914 ABGEHALTENEN MINISTERRATES FÜR GEMEINSAME ANGELEGENHEITEN, UNTER DEM VORSITZE DES MINISTERS DES K.U.K. HAUSES UND DES ÄUßERN GRAFEN BERCHTOLD.

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh, der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Tisza, der k.u.k. gemeinsame Finanzminister Dr. Ritter von Biliński, der k.u.k. Kriegsminister FZM. Ritter von Kroatina, der k.u.k. Chef des Generalstabs G.d.I. Freiherr von Conrad, der Vertreter des k.u.k. Marinekommandanten Konteradmiral von Kailer.

Protokollführer: Legationsrat Graf Hoyos.

Gegenstand: Bosnische Angelegenheiten. Die diplomatische Aktion gegen Serbien.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung indem er bemerkt, der Ministerrat sei einberufen worden, um über die Massnahmen zu beraten, welche zur Sanierung der anlässlich der Katastrophe in Sarajevo zutage getretenen innerpolitischen Übelstände in Bosnien und der Herzegowina angewendet werden sollten. Es gäbe seiner Ansicht nach verschiedene interne Massnahmen in Bosnien selbst, deren Anwendung ihm gegenüber den krisenhaften Zuständen geboten erscheine; vorerst sollte man sich aber klar werden, ob der Moment nicht gekommen sei, um Serbien durch eine Kraftäusserung für immer unschädlich zu machen. Ein solcher entscheidender Schlag könne nicht ohne diplomatische Vorbereitungen geführt werden, daher habe er mit der deutschen Regierung Fühlung genommen. Die Besprechungen in Berlin hätten zu einem sehr befriedigenden Resultate geführt, indem sowohl Kaiser Wilhelm als Herr von Bethmann-Hollweg uns für den Fall einer kriegerischen Komplikation mit Serbien die unbedingte Unterstützung Deutschlands mit allem Nachdrucke zugesichert hätten. Nun müssten wir noch mit Italien und Rumänien rechnen und, da sei er in Übereinstimmung mit dem Berliner Kabinet der Ansicht, dass es besser wäre zu handeln und etwaige Kompensationsansprüche abzuwarten.

Er sei sich klar darüber, dass ein Waffengang mit Serbien den Krieg mit Russland zur Folge haben könnte. Russland treibe aber gegenwärtig eine Politik, die, auf lange Sicht berechnet, den Zusammenschluss der Balkanstaaten, inbegriffen Rumänien, zum Zwecke hat, um dieselben sodann im geeignet scheinenden Momente gegen die Monarchie auszuspielen zu können. Er sei der Ansicht, dass wir uns darüber Rechenschaft geben müssen, dass unsere Situation sich einer solchen Politik gegenüber immer mehr verschlechtern müsse, umsomehr, als ein untätiges Gewährenlassen bei unseren Südslaven und Rumänen als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden müsste und der verbenden Kraft der beiden angrenzenden Staatswesen Vorschub leisten würde.

Die logische Folge, die sich aus dem Gesagten ergebe, wäre, unseren Gegnern zuvorzukommen und durch eine rechtzeitige Abrechnung mit Serbien den bereits in vollem Gange befindlichen Entwicklungsprozess aufzuhalten, was später zu tun nicht mehr möglich sein würde.

Der kgl. ung. Ministerpräsident stimmt damit überein, dass die Lage sich in den letzten Tagen durch die in der Untersuchung festgestellten Tatsachen und durch die Haltung der serbischen Presse verändert habe und betont, dass auch er die Möglichkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien für näher gerückt halte. Er würde aber einem

überraschenden Angriff auf Serbien ohne vorhergehende diplomatische Aktion, wie dies beabsichtigt zu sein scheine und bedauerlicherweise auch in Berlin durch den Grafen Hoyos besprochen wurde, niemals zustimmen, weil wir in diesem Falle, seiner Ansicht nach, in den Augen Europas einen sehr schlechten Stand hätten und auch mit grosser Wahrscheinlichkeit mit der Feindschaft des ganzen Balkans — ausser Bulgariens — rechnen müssten, ohne dass Bulgarien, welches gegenwärtig sehr geschwächt sei, uns entsprechend unterstützen würde.

Wir müssten unbedingt Forderungen gegen Serbien formulieren und erst ein Ultimatum stellen, wenn Serbien sie nicht erfülle. Diese Forderungen müssten zwar harte, aber nicht unerfüllbare sein. Wenn Serbien sie annehme, würden wir einen eklatanten diplomatischen Erfolg aufzuweisen haben und unser Prestige würde am Balkan steigen. Nehme man unsere Forderungen aber nicht an, so würde auch er für eine kriegerische Aktion sein, müsse aber schon jetzt betonen, dass wir mit einer solchen zwar die Verkleinerung, nicht aber die vollständige Vernichtung Serbiens bezwecken dürften, weil einerseits diese von Russland ohne einen Kampf auf Leben und Tod niemals zugegeben werden könnte und weil auch er als ungarischer Ministerpräsident es niemals zugeben könnte, dass die Monarchie einen Teil von Serbien annektiere.

Es sei nicht Sache Deutschlands zu beurteilen, ob wir jetzt gegen Serbien losschlagen sollten oder nicht. Er persönlich sei der Ansicht, dass ein Krieg im jetzigen Augenblicke nicht unbedingt geführt werden müsse. Gegenwärtig müsse man damit rechnen, dass die Agitation gegen uns in Rumänien eine sehr starke sei, dass wir, angesichts der aufgeregten öffentlichen Meinung, mit einem rumänischen Angriffe würden rechnen müssen und auf jeden Fall eine beträchtliche Macht in Siebenbürgen würden halten müssen, um die Rumänen einzuschüchtern.

Jetzt, wo Deutschland erfreulicherweise die Bahn zum Anschluss Bulgariens an den Dreibund freigegeben habe, eröffne sich uns ein vielversprechendes Gebiet zu einer erfolgreichen diplomatischen Aktion am Balkan, indem wir durch den Zusammenschluss Bulgariens und der Türkei und deren Anschluss an den Dreibund, ein Gegengewicht gegen Rumänien und Serbien schaffen und dadurch Rumänien zur Wiederkehr zum Dreibunde zwingen könnten. Auf europäischem Gebiete müsse man auch berücksichtigen, dass das Kraftverhältnis Frankreichs zu Deutschland sich wegen der niedrigeren Geburtszahlen immer verschlechtern werde und dass Deutschland daher in der Zukunft immer mehr Truppen gegen Russland disponibel haben würde.

Dies seien alles Momente, die bei einer so verantwortungsvollen Entschliessung, wie sie heute gefasst werden solle, bedacht werden müssten und daher müsse er wieder darauf zurückkommen, dass er sich trotz der Krise in Bosnien, die übrigens auch durch eine energische Verwaltungsreform im Inneren saniert werden könnte, nicht unbedingt für den Krieg entschliessen wolle, sondern auch einen entsprechenden diplomatischen Erfolg, der eine starke Demütigung Serbiens mit sich brächte, für geeignet halte, unsere Stellung zu verbessern und uns eine erspriessliche Balkanpolitik zu ermöglichen.

Der Vorsitzende bemerkt hiezu, die Geschichte der letzten Jahre hätte gezeigt, dass diplomatische Erfolge gegen Serbien zwar das Ansehen der Monarchie zeitweilig gehoben, aber die tatsächlich bestehende Spannung in unseren Beziehungen zu Serbien sich nur noch verstärkt hätte. Weder unser Erfolg in der Annexionskrise noch jener bei Schaffung Albanien, noch das spätere Nachgeben Serbiens infolge unseres Ultimatus im Herbste vorigen Jahres, hätte an den tatsächlichen Verhältnissen etwas geändert. Eine

radikale Lösung der durch die systematisch von Belgrad aus betriebene grossserbische Propaganda aufgeworfenen Frage, deren zersetzende Wirkung bei uns bis nach Agram und Zara gespürt werde, sei wohl nur durch ein energisches Eingreifen möglich.

Bezüglich der vom königl. ungar. Ministerpräsidenten erwähnten Gefahr einer feindseligen Haltung Rumäniens bemerkt der Vorsitzende, dass derzeit eine solche weniger zu befürchten sei als für die Zukunft, wo sich die rumänisch - serbische Interessengemeinschaft immer mehr herausbilden werde. König Carol habe allerdings gelegentlich Zweifel in der Richtung ausgesprochen, gegebenenfalls seiner Bundespflicht gegenüber der Monarchie durch aktive Hilfeleistung nachkommen zu können. Dagegen sei es kaum anzunehmen, dass er sich zu einer kriegerischen Operation gegen die Monarchie hinreissen lassen, beziehungsweise einer darauf hinausgehenden Stimmung der öffentlichen Meinung nicht Widerstand leisten könnte. Übrigens komme auch die Furcht Rumäniens vor Bulgarien in Betracht, welche ersteres in seiner Bewegungsfreiheit selbst unter den heutigen Verhältnissen einigermaßen behindern müsste.

Was die Bemerkung des ungar. Ministerpräsidenten bezüglich des Kräfteverhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland anbelange, so glaube er darauf hinweisen zu sollen, dass der verminderten Bevölkerungszunahme Frankreichs, die in ungleich höherem Verhältnisse gesteigerte Bevölkerungszunahme Russlands gegenüberstehe, so dass die Behauptung, dass Deutschland in der Zukunft immer mehr disponible Truppen gegen Frankreich [sic! Richtig: Rußland] haben werde, wohl nicht stichhältig erscheine.

Der k. k. Ministerpräsident bemerkt, der heutige Ministerrat sei eigentlich zu dem Zwecke einberufen worden, um über die in Bosnien und der Herzegowina zu ergreifenden inneren Massregeln zu beraten, die geeignet wären, einerseits die jetzige Untersuchung wegen des Attentates erfolgreich zu gestalten und andererseits der grossserbischen Bewegung in Bosnien entgegenzuwirken. Nun müssten diese Fragen neben der Hauptfrage zurücktreten, ob wir die innere Krise in Bosnien durch eine Kraftäusserung gegen Serbien lösen sollen.

Diese Hauptfrage sei durch zwei Momente gerade jetzt aktuell geworden: erstens, weil der Landeschef für Bosnien und Herzegowina auf Grund seiner Kenntnis der bosnischen Verhältnisse von der Voraussetzung ausgehe, dass keine Massregeln im Inneren einen Erfolg haben könnten, wenn wir uns nicht entschliessen, nach aussen einen kräftigen Schlag gegen Serbien zu führen. Auf Grund dieser Wahrnehmungen des Generals Potiorek müsse man sich die Frage stellen, ob die von Serbien ausgehende schismatische Tätigkeit aufgehoben werden könnte und ob wir die beiden Provinzen überhaupt halten könnten, wenn wir nicht gegen das Königreich vorgehen.

In den letzten Tagen habe die ganze Situation ein anderes Gesicht bekommen und sei jetzt eine psychologische Situation geschaffen, die seiner Ansicht nach unbedingt zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien hindränge. Er stimme mit dem königl. ungar. Ministerpräsidenten zwar darin überein, dass wir und nicht die deutsche Regierung beurteilen müssten, ob ein Krieg notwendig sei oder nicht: er müsse aber doch bemerken, dass es auf unsere Entschliessung einen sehr grossen Einfluss ausüben sollte, wenn an der Stelle, welche wir als treueste Stütze unserer Politik im Dreibunde ansehen müssten, uns, wie wir gehört, rückhaltlose Bündnistreue zugesagt und überdies nahegelegt werde, sofort zu handeln, nachdem man sich dort angefragt habe, Graf Tisza sollte diesem Umstande doch Bedeutung beimessen und in Erwägung ziehen, dass wir durch eine Politik des Zauderns und der Schwäche Gefahr laufen, dieser rückhaltlosen Unterstützung

des deutschen Reiches zu einem späteren Zeitpunkte nicht mehr so sicher zu sein. Es sei dies das zweite Moment, welches bei dem zu fassenden Beschlüssen neben dem Interesse an der Herstellung geordneter Verhältnisse in Bosnien berücksichtigt werden sollte.

Wie der Konflikt begonnen werden solle, sei eine Detailfrage und wenn die ungarische Regierung der Ansicht sei, dass ein überraschender Angriff, sans crier gare, wie Graf Tisza sich ausgedrückt hätte, nicht gangbar sei, so müsse man eben einen anderen Weg finden: doch würde er dringendst wünschen, dass, was immer geschehe, rasch gehandelt werde, unsere Volkswirtschaft vor einer längeren Periode der Beunruhigung bewahrt bleibe. Alles dies seien Details neben der prinzipiellen Frage, ob es unbedingt zu einer kriegerischen Aktion kommen solle oder nicht und da sei vor allem das Interesse und das Ansehen und der Bestand der Monarchie massgebend, deren südslavische Provinzen er für verloren halten würde, wenn nichts geschehe.

Daher sollte man heute prinzipiell beschliessen, dass es zum Handeln kommen wird und soll. Auch er teile die Meinung des Vorsitzenden, dass die Situation durch einen diplomatischen Erfolg in keiner Weise gebessert werden könnte. Wenn daher der Weg einer vorhergehenden diplomatischen Aktion gegen Serbien aus internationalen Gründen betreten werde, so müsste dies mit der festen Absicht geschehen, dass diese Aktion nur mit einem Kriege enden dürfe.

Der gemeinsame Finanzminister bemerkt, Graf Stürgkh habe sich darauf berufen, dass der Landeschef den Krieg wünsche. General Potiorek stehe seit zwei Jahren auf dem Standpunkte, dass wir eine Kraftprobe mit Serbien bestehen müssten, um Bosnien und die Herzegowina behalten zu können. Man dürfe nicht vergessen, dass der Landesschef, der an Ort und Stelle sei, die Sachen besser beurteilen könne. Auch Herr von Biliński hegt die Überzeugung, dass der Entscheidungskampf früher oder später unvermeidlich sei. Er habe nie daran gezweifelt, dass Deutschland im Ernstfalle bei uns stehe und habe schon im November 1912 diesbezüglich von Herrn von Tschirschky die bündigsten Zusicherungen erhalten. Die jüngsten Ereignisse in Bosnien hätten bei der serbischen Bevölkerung eine sehr gefährliche Stimmung erzeugt, insbesondere das Serbenpogrom in Sarajevo habe dazu geführt, dass alle Serben sehr erregt und erbittert seien und dass man daher auch nicht mehr entscheiden könne, wer unter den Serben noch loyal und wer Grosserbe sei. Im Lande selbst werde man diese Situation nie sanieren können, das einzige Mittel hiezu sei eine endgültige Entscheidung darüber, ob die grosserbische Idee eine Zukunft habe oder nicht.

Wenn auch der kgl. ung. Ministerpräsident sich jetzt mit einem diplomatischen Erfolge zufrieden geben würde, so könne er dies vom Standpunkte der bosnischen Interessen nicht tun. Das Ultimatum, welches wir im vorigen Herbste an Serbien richteten, habe die Stimmung in Bosnien verschlechtert und den Hass gegen uns nur gesteigert. Dort erzählt man sich allgemein im Volke, dass König Peter kommen und das Land befreien werde. Der Serbe ist nur der Gewalt zugänglich, ein diplomatischer Erfolg würde in Bosnien gar keinen Eindruck machen und wäre eher schädlich als etwas anderes.

Der kgl. ung. Ministerpräsident bemerkt, er habe zwar die höchste Meinung von dem derzeitigen Landeschef als Militär: was die Zivilverwaltung anbelange, so könne man aber nicht leugnen, dass sie vollständig versagt habe und dass da eine Reform unbedingt durchgeführt werden müsste. Er wolle jetzt hierauf nicht näher eingehen, zumal es auch nicht der Moment sei um grosse Veränderungen vorzunehmen, er müsse nur feststellen,

dass bei der Polizei die unbeschreiblichsten Zustände herrschen müssen, um es möglich zu machen, dass 6 oder 7 der Polizei bekannte Gestalten sich am Tage des Attentates auf der Route des ermordeten Thronfolgers mit Bomben und Revolvern bewaffnet aufstellen könnten, ohne dass die Polizei einen einzigen beobachtete oder fortschaffte. Er sehe nicht ein, warum die Verhältnisse in Bosnien nicht durch eine gründliche Reform der Verwaltung wesentlich gebessert werden könnten.

Der k.u.k. Kriegsminister ist der Ansicht dass ein diplomatischer Erfolg keinen Wert habe. Ein solcher Erfolg werde nur als Schwäche ausgelegt. Vom militärischen Standpunkte müsse er betonen, dass es günstiger wäre den Krieg sogleich, als zu einem späteren Zeitpunkte zu führen; da sich das Kräfteverhältnis in der Zukunft unverhältnismässig zu unseren Ungunsten verschieben werde. Was die Modalitäten des Kriegsbeginnes betreffe, so müsse er hervorheben, dass die beiden grossen Kriege der letzten Jahre, sowohl der russisch-japanische Krieg als auch der Balkankrieg, ohne vorherige Kriegserklärung begonnen worden seien. Er sei der Ansicht, dass man vorerst nur die gegen Serbien vorgesehene Mobilisierung durchführen und mit der allgemeinen Mobilisierung zuwarten sollte, bis erkennbar sei, ob Russland sich rühre oder nicht.

Wir hätten schon zwei Gelegenheiten versäumt, um die serbische Frage zu lösen und jedesmal die Entscheidung hinausgeschoben. Wenn wir es jetzt wieder täten und auf diese neuerliche Provokation gar nicht reagierten, so würde dies in allen südslavischen Provinzen als Zeichen der Schwäche aufgefasst werden und wir würden eine Stärkung der gegen uns gerichteten Agitation herbeiführen.

In militärischer Hinsicht wäre es wünschenswert, wenn die Mobilisierung sofort und möglichst heimlich durchgeführt würde und eine Sommation an Serbien erst nach vollendeter Mobilisierung gerichtet werden könnte. Dies wäre auch wegen der russischen Streitkräfte günstig, da die russischen Grenzkorps wegen der Ernteurlaube gerade jetzt nicht die vollen Stände haben.

Es entspinnt sich hierauf eine Diskussion über die Ziele einer kriegerischen Aktion gegen Serbien, wobei der Standpunkt des kgl. ungar. Ministerpräsidenten, dass Serbien zwar verkleinert, mit Rücksicht auf Russland aber nicht ganz vernichtet werden dürfe, angenommen wird. Der k. k. Ministerpräsident betont, dass es sich auch empfehlen dürfte, die Dynastie Karageorgevich zu entfernen und einem europäischen Fürsten die Krone zu geben sowie ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis des verkleinerten Königreiches zur Monarchie in militärischer Hinsicht herbeizuführen.

Der kgl. ung. Ministerpräsident ist noch immer der Ansicht, dass eine erfolgreiche Balkanpolitik für die Monarchie durch den Anschluss Bulgariens an den Dreibund möglich wäre und verweist auf die furchtbare Kalamität eines europäischen Krieges unter den derzeitigen Verhältnissen. Es möge nicht übersehen werden, dass allerhand Zukunftseventualitäten denkbar seien - wie Ablenkung Russlands durch asiatische Komplikationen, Revanchekrieg des wiedererstarkten Bulgariens gegen Serbien u.s.w. -, welche unsere Stellung gegenüber dem grossererbischen Probleme wesentlich günstiger gestalten könnten, als dies heute der Fall ist.

Der Vorsitzende bemerkt hiezu, dass man allerdings verschiedene Zukunftsmöglichkeiten ausdenken könne, die eine uns günstige Situation ergeben würden. Er befürchte aber, dass für eine solche Entwicklung keine Zeit vorhanden sei. Man müsse mit der Tatsache rechnen, dass von feindlicher Seite ein Entscheidungskampf gegen die Monarchie

vorbereitet werde und dass Rumänien der russischen und französischen Diplomatie Helfersdienste leiste. Man dürfte nicht annehmen, dass die Politik mit Bulgarien uns einen vollen Ersatz für den Verlust Rumäniens bieten könne. Rumänien sei aber seiner Ansicht nach nicht wiederzugewinnen, solange die grosserbische Agitation existiere, da diese auch die grossrumänische Agitation zur Folge habe und Rumänien ihr erst dann entgegentreten könnte, wenn es sich durch die Vernichtung Serbiens am Balkan isoliert fühlen und einsehen würde, dass es nur am Dreibunde eine Stütze finden könne. Auch dürfe man nicht übersehen, dass bezüglich des Anschlusses Bulgariens an den Dreibund noch nicht der erste Schritt geschehen ist. Wir wissen nur, dass die jetzige bulgarische Regierung vor Monaten diesen Wunsch ausgesprochen habe und damals auch im Begriffe stand, eine Allianz mit der Türkei einzugehen. Letzteres sei bisher nicht erfolgt, die Türkei vielmehr seither mehr unter russischen und französischen Einfluss geraten. Die Haltung des Ministeriums Radoslawoff gebe allerdings keinen Grund, daran zu zweifeln, dass dasselbe auch heute noch entschlossen sei, positiven Vorschlägen, die von uns in der angedeuteten Richtung in Sofia gemacht werden könnten, ein williges Ohr zu leihen. Als sicheren Baustein in unserer Balkanpolitik könne man diese Orientierung aber derzeit noch nicht einschätzen; dies umsoweniger, als die gegenwärtige bulgarische Regierung doch auf sehr schwacher Grundlage stehe, der Anschluss an den Dreibund von der stets bis zu einem gewissen Grade unter russischem Einfluss stehenden öffentlichen Meinung desavouiert und das Ministerium Radoslawoff über den Haufen geworfen werden könnte. Auch sei zu bedenken, dass Deutschland die bulgarische Aktion vorderhand nur unter der Bedingung angenommen habe, dass die Abmachungen mit Bulgarien keine Spitze gegen Rumänien haben dürften. Es werde nicht leicht sein diese Bedingung ganz zu erfüllen und könnten daraus für die Zukunft unklare Situationen sich ergeben.

Es wird hierauf in längerer Debatte die Kriegsfrage weiters eingehend diskutiert. Am Schlusse dieser Erörterungen kann konstatiert werden:

1. Dass alle Versammelten eine tunlichst rasche Entscheidung des Streitfalles mit Serbien im kriegerischen oder friedlichen Sinne wünschen;
2. dass der Ministerrat bereit wäre, sich der Ansicht des königl. ungar. Ministerpräsidenten anzuschliessen, wonach erst mobilisiert werden solle, nachdem konkrete Forderungen an Serbien gerichtet und dieselben zurückgewiesen, sowie ein Ultimatum gestellt worden ist.

Dagegen sind alle Anwesenden mit Ausnahme des königl. ungar. Ministerpräsidenten der Ansicht, dass ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer eklatanten Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre und dass daher solche weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müssten, die eine Ablehnung voraussehen liessen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde.

Graf Tisza bemerkt, dass er bestrebt sei, dem Standpunkte aller anderen Anwesenden entgegenzukommen und daher auch insoferne eine Konzession machen würde, als er zugeben wolle, dass die an Serbien zu richtenden Forderungen sehr harte sein sollten, jedoch nicht solcher Art, dass man unsere Absicht, unannehmbare Forderungen zu stellen, klar erkennen könne. Sonst hätten wir eine unmögliche rechtliche Grundlage für eine Kriegserklärung. Der Text der Note müsse sehr genau studiert werden und er würde jedenfalls Wert darauf legen, die Note zur Einsicht zu erhalten, bevor sie abgesendet werde. Auch müsse er betonen, dass er für seine Person genötigt wäre, die Konsequenzen daraus zu ziehen, wenn sein Standpunkt nicht berücksichtigt werde.

Hierauf wird die Sitzung bis zum Nachmittag unterbrochen.

Beim Wiederzusammentritte des Ministerrates ist auch der Chef des Generalstabes und der Stellvertreter des Marinekommandanten anwesend.

Der Kriegsminister ergreift auf Wunsch des Vorsitzenden das Wort, um an den Chef des Generalstabes nachstehende drei Fragen zu richten:

1. Ob es möglich wäre nur gegen Serbien zu mobilisieren und erst nachträglich, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergibt, auch gegen Russland,
2. ob man zur Einschüchterung Rumäniens grössere Truppenmengen in Siebenbürgen zurückhalten könnte und
3. wo man den Kampf gegen Russland aufnehmen würde. Der Chef des Generalstabes gibt auf diese Anfragen geheime Aufklärungen und ersucht darum, dass dieselben nicht in das Protokoll aufgenommen werden mögen.

Es entspinnt sich auf Grund dieser Aufklärungen eine längere Debatte über die Kräfteverhältnisse und den wahrscheinlichen Verlauf eines europäischen Krieges, die sich wegen ihres geheimen Charakters nicht zur Aufnahme in das Protokoll eignet.

Am Schlusse dieser Debatte wiederholt der kgl. ung. Ministerpräsident seinen früheren Standpunkt hinsichtlich der Kriegsfrage und richtet einen neuerlichen Appell an die Anwesenden, sie möchten ihre Entscheidung sorgfältig prüfen.

Es werden hierauf die Punkte besprochen, welche als Forderungen an Serbien in der Note aufgenommen werden könnten.

Es wurde bezüglich dieser Punkte im Ministerrate kein definitiver Beschluss gefasst, sie würden nur aufgestellt, um ein Bild darüber zu erlangen, welche Forderungen gestellt werden könnten.

Hierauf verlässt der Chef des Generalstabes und der Vertreter des Marinekommandanten den Ministerrat, der sich mit der inneren Situation in Bosnien und den daselbst zu ergreifenden Massnahmen befasst. Hiezu ergreift der gemeinsame Finanzminister das Wort und erklärt, er habe aus Konferenzen, die er in den letzten Tagen mit Parteiführern gepflogen, die Überzeugung gewonnen, dass eine Auflösung des Landtages nicht ratsam wäre, weil sie mit politischen Verlusten verbunden wäre. Jetzt könne man wegen der allgemeinen Erregung der Gemüter keine Sitzungen abhalten und er wolle daher den Landtag schliessen und erst im September für eine kurze Session einberufen. Er hoffe, dass es dann möglich sein werde, das Budget und die Kmetenvorlage votieren zu lassen; dies hänge in erster Linie davon ab, dass Dimovich — wie er hoffe — die Parteileitung der regierungsfreundlichen Serben nicht aus der Hand gebe und so den Bestand der gegenwärtigen Regierungsmajorität ermögliche. Mit der Schliessung des Landtages hörten die Diäten und auch die Immunität der Abgeordneten auf, so dass der diesbezügliche Wunsch des Landeschefs und auch des Kriegsministers erfüllt werde, auch wenn er den Landtag nicht auflöse. Herr von Biliński bespricht sodann eine Reihe anderer Massregeln, welche er für zweckmässig hält, darunter die Auflösung des grossen serbischen Vereines Posveta.

Der kgl. ung. Ministerpräsident will jetzt keine grösseren Veränderungen vorschlagen. Er verweist neuerlich auf die Zustände in der Polizei von Sarajevo und erklärt, der Niedergang des administrativen Apparates in Bosnien sei die direkte Folge der seit einigen Jahren bestehenden präponderierenden Stellung des Landeschefs, der als Militär unmöglich jene Erfahrung in administrativer Hinsicht besitzen könnte, die für eine gute Verwaltung notwendig sei.

Der gemeinsame Finanzminister verteidigt den Landeschef auch als Administrator, gibt aber zu, dass es wünschenswert wäre, wenn die Zivilverwaltung von der Militärverwaltung ganz getrennt und ein Statthalter wie in Dalmatien neben den Armeeinspektor eingesetzt würde.

Es werden sodann an der Hand eines Vorschlages des k.u.k. Kriegsministers spezielle Massnahmen besprochen, welche in Bosnien verfügt werden sollen.

Hiebei tritt die übereinstimmende Ansicht aller Anwesenden zutage, dass einige Vorschläge General Kroatins anzunehmen wären, andere aber zu weit gehen, dass es aber im allgemeinen nicht möglich sei, über interne Verwaltungsmassregeln Definitives festzustellen, bevor über die Hauptfrage, ob der Krieg gegen Serbien geführt werden soll, eine Entscheidung gefallen sei.

Der Vorsitzende konstatiert, dass wenn auch noch immer eine Divergenz zwischen den Ansichten aller Teilnehmer und jener des Grafen Tisza bestehe, man sich nähergekommen sei, nachdem auch die Vorschläge des königl. ungar. Ministerpräsidenten aller Wahrscheinlichkeit nach zu der von ihm und den übrigen Mitgliedern der Konferenz für notwendig gehaltenen kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien führen werden.

Graf Berchtold teilt dem Ministerrate mit, dass er die Absicht habe, am 8. d.M. nach Ischl zu reisen und Seiner k. und k. Apostolischen Majestät Vortrag zu erstatten. Der kgl. ung. Ministerpräsident bittet den Vorsitzenden, Seiner Majestät auch eine von ihm zu verfassenden allerunterthänigsten Vortrag über seine Auffassung der Lage zu unterbreiten.

Nachdem ein Communiqué für die Presse aufgesetzt worden ist, hebt der Vorsitzende die Sitzung auf.

[Quelle: Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914-1918) (= Publikationen des Ungarischen Staatsarchivs II., Quellenpublikationen 10.), Budapest 1966, S.141-150.]